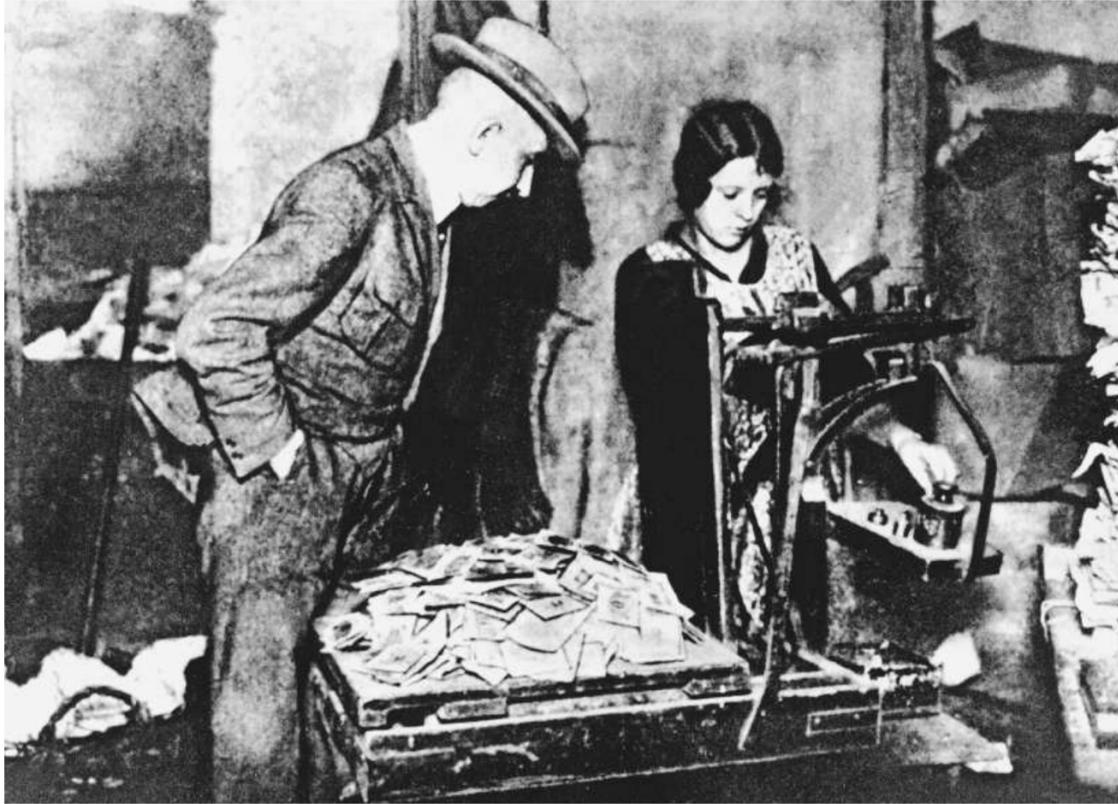


Die Hyperinflation blieb der Schweiz erspart

Vor hundert Jahren versank Deutschland in wirtschaftlichem Chaos, der südliche Nachbar litt weniger



105 Milliarden Mark für ein Kilo Brot: Während der Hyperinflation wurden in Deutschland Geldscheine abgewogen. IMAGO

ERNST BALTENSPERGER,
CHRISTOPH A. SCHALTEGGER

4,2 Billionen Mark: So viel erhielt im November 1923, wer einen amerikanischen Dollar eintauschte. Innerhalb weniger Monate verwandelte sich die galoppierende Inflation ab Juli 1922 in eine Hyperinflation mit Preissteigerungen von über 50 Prozent pro Monat. Es war der Höhepunkt der deutschen Hyperinflation. Die Reichsbank hatte die Kontrolle über die monetären Verhältnisse verloren. Die Noten wurden mit höheren Denominationen überstempelt oder nur noch einseitig bedruckt. Löhne zahlten die Firmen wöchentlich, bald täglich und am Ende zweimal täglich aus.

Diese Entwicklungen waren verbunden mit gravierenden sozialen Umwälzungen. Die Arbeitslosigkeit nahm stark zu, und die Kleinsparer sahen ihre Sparguthaben, Anleihen oder Pfandbriefe weitgehend entwertet. Erst mit der Einführung der Rentenmark endete vor genau hundert Jahren einer der spektakulärsten Währungszusammenbrüche der Geschichte. Das Inflationstrauma ist seither tief im kollektiven Gedächtnis der Deutschen verankert.

Zwangswirtschaft im Reich

Wie konnte es so weit kommen? Der Erste Weltkrieg ging mit einem sprunghaften Anstieg des Finanzbedarfs in allen kriegführenden Ländern einher. Zur dessen Finanzierung standen dem Deutschen Reich im Unterschied zu Grossbritannien oder Frankreich keine Reichssteuern zur Verfügung.

Das Deutsche Reich emittierte daher von 1914 bis 1918 insgesamt neun Krieganleihen für 97 Milliarden Mark. Ein grosser Teil davon wurde direkt vom Bankensystem absorbiert. Etwa 18 Prozent der Verschuldung monetisierte die Reichsbank über die Ausgabe von Banknoten. Dadurch stieg die Geldmenge bis zum Kriegsende gewaltig. Preiskontrollen und Zwangsbewirtschaftungen stauten den Preisschub während des Kriegs allerdings zu einem guten Teil auf. Mit dem Ende des Kriegs entlud sich der Geldüberhang dann auf die Preise.

Zwar hatte sich die staatliche Schuldenlast durch die Kriegsinflation auf etwa 50 bis 60 Prozent des Brutto-

inlandprodukts (BIP) von 1920 merklich reduziert und damit auch die Zinsbelastung gesenkt. Trotz dieser Entlastung und einer Zentralisierung der Steuerpolitik durch die Erzbergersche Steuerreform von 1919 konnte der enorm steigende Finanzbedarf nach dem Krieg im Bereich der Sozial-, Wohnbau- und Bildungspolitik aber nicht gedeckt werden.

Dies führte zu weiterer Verschuldung. Allein die kurzfristigen Schulden stiegen zwischen 1919 und 1922 um mehr als das Vierfache, wobei die Reichsbank jeweils etwa die Hälfte davon in ihre Bücher nahm. Das Wachstum des Geldumlaufs setzte sich damit beschleunigt fort.

Das Vertrauen in eine stabile Währung schwand angesichts der Schwäche des Politsystems und seiner Institutionen mehr und mehr. Auch die finanzielle Belastung durch Reparationszahlungen an die Alliierten spielte dabei eine Rolle, was die Reichsbank zu Käufen ausländischer Devisen veranlasste und politisch mit dem Ruhrkonflikt ab 1922 zu einer Verhärtung des Klimas mit den Alliierten führte.

Rückkehr zum Goldstandard

Wie bewältigte die Schweiz die finanzpolitischen Herausforderungen der Zeit? Zunächst: Auch der Schweiz standen 1914 keine Bundessteuern zur Finanzierung der Grenzbefestigung zur Verfügung. Es blieb der Weg über die Verschuldung. Insgesamt neun «Mobilisationsanleihen» mit einem Volumen von 830 Millionen Franken wurden am Schweizer Kapitalmarkt aufgenommen, dazu zwei kleinere Anleihen von 45 Millionen Franken in den USA.

Dies reichte allerdings noch nicht. Auch die Schweiz griff deshalb zur monetären Staatsfinanzierung. Finanzminister Giuseppe Motta ersuchte die Schweizerische Nationalbank (SNB) bereits Mitte August 1914 um Finanzierungshilfe. Der Bundesrat bezeichnete die SNB als «festeste Stütze unseres Landeskredits». Die SNB selbst sah es als ihre Pflicht, dem Bund mit der Übernahme von Schatzanweisungen des Bundes (Reskriptionen) zu helfen.

Eine einmalige Kriegssteuer wurde 1915 erstmals parlamentarisch beraten und in einer Volksabstimmung im Juni 1915 mit über 90 Prozent angenommen. 1916 wurde sie wirksam, wobei

die Budgetdefizite auch so nie unter 2 Prozent des BIP fielen.

Auch das Schweizer Preisniveau lag trotz Preiskontrollen bei Kriegsende doppelt so hoch wie 1914. Doch nahm die Schweiz nach Kriegsende eine klare Umkehr ihrer Finanz- und Geldpolitik vor. Das war nicht selbstverständlich. Eine Nachkriegsrezession, gepaart mit einer drastischen Deflation, traf die Schweiz hart. Das Preisniveau sank zwischen 1920 und 1922 um fast 40 Prozent, die Produktion ging stark zurück, und die Arbeitslosigkeit stieg an.

Auch in der Schweiz hatte dies politische Umwälzungen zur Folge: Im Jahr 1919 wurde das Proporzwahlrecht für die Nationalratswahlen eingeführt, mit dem Ergebnis einer dramatischen Niederlage der Freisinnig-Demokratischen Partei und dem Verlust von 40 Prozent ihrer Sitze. Auch der ausser Kontrolle geratene Landesstreik vom Herbst 1918 erschütterte das Schweizer Selbstverständnis.

Trotzdem war das vorherrschende Narrativ der Finanzpolitik ein anderes als in Deutschland. Im Vordergrund stand das erklärte Ziel der Rückkehr zum Goldstandard gemäss Vorkriegsparität. Daraus ergab sich die Notwendigkeit einer restriktiven Geld- und Fiskalpolitik. Der 1920 neu gewählte Finanzminister Jean-Marie Musy machte kein Hehl aus seiner Absicht, die Ausgaben des Bundes zu kürzen und die aufgelaufenen Kriegsschulden zu tilgen.

Ähnliches gilt für die Geldpolitik. Die SNB war bestrebt, ihren Beitrag zur Finanzierung der öffentlichen Hand wieder abzubauen und den aufgeblähten Notenumlauf zu reduzieren. Forderungen nach einer Lockerung ihrer Politik, wie sie von Politik und Exportwirtschaft angesichts der Nachkriegsrezession zunehmend erhoben wurden, lehnte sie ab.

Der Wert stabiler Verhältnisse

Mit der Einführung der Rentenmark am 15. November 1923 kam die Hyperinflation in Deutschland zu einem Ende. Zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Währung entschied man sich für ein durch Grundbesitz gedecktes Geld. Die Grundschuld, die als Deckung für die Ausgabe von Rentenmark diente, war in Goldmark ausgedrückt, also real definiert.

Begleitet wurde die Stabilisierung durch den Stopp der monetären Staatsfinanzierung, einen unabhängigeren Status der Reichsbank und eine Konsolidierung des Staatshaushalts sowie mittelfristig die Beilegung des Konflikts um die Restrukturierung der Reparationsschulden im Rahmen des «Dawes-Plans» im April 1924. Von entscheidender Bedeutung war, dass es den Behörden Mitte November 1923 gelang, den Kurs der Rentenmark zum US-Dollar auf 4.20 zu 1 zu stabilisieren.

Welche Lehren lassen sich aus diesem Vergleich zwischen Deutschland und der Schweiz ziehen?

■ Sowohl dem Deutschen Reich als auch der Schweiz mangelte es während des Kriegs an ausreichender Fiskalkapazität.

■ Ein Teil der Aufwendungen wurde in beiden Ländern über die monetäre Staatsfinanzierung bestritten. Dadurch entstand ein Inflationspotenzial in beiden Ländern.

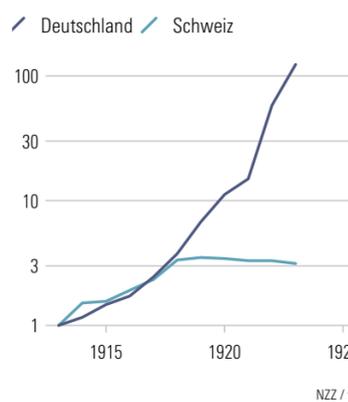
■ Damit war der Weg in die Hyperinflation jedoch nicht vorgezeichnet. Entscheidend war die Fortführung und Beschleunigung der Inflationspolitik nach dem Krieg in Deutschland. Anders die Schweiz: Der klare Wille zur Rückkehr zu finanz- und geldpolitischer Stabilität ebnete den Boden für neues Vertrauen in die Währung.

■ Das gesellschaftliche und politische Umfeld der vom Krieg verschonten Schweiz machte ihr einen solchen Kurs leichter möglich als dem von der Kriegsniederlage gezeichneten Deutschland. Dies war entscheidend für den Weg in eine deutlich bessere Zukunft.

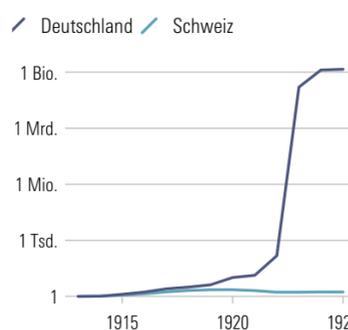
Ernst Baltensperger war bis 2007 Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bern. Christoph Schaltegger ist Direktor des Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP) an der Universität Luzern. Eine ausführliche Fassung des Beitrags findet sich unter: www.iwp.swiss.

Extremer Anstieg von Geldmenge und Inflation in Deutschland

Geldmengenentwicklung (indexiert, Basisjahr 1913)



Preisentwicklung (Konsumentenpreisindex mit Basisjahr 1913)



Zur besseren Darstellung der Daten wird eine logarithmische Skala verwendet.

QUELLE: ERNST BALTENSPERGER UND CHRISTOPH A. SCHALTEGGER NZZ / fsl.

Cyberangriff auf IT-Dienstleister Concevis

Hacker haben offenbar Daten der Bundesverwaltung erbeutet

CHRISTOPH G. SCHMUTZ, BERN,
LUKAS MÄDER

Kriminelle haben erneut einen IT-Zulieferer der Bundesverwaltung angegriffen und dabei mutmasslich auch Daten des Bundes gestohlen. Das teilte am Dienstag das Nationale Zentrum für Cyber-sicherheit (NCSC) mit. Die Angreifer gelangten am ersten Novemberwochenende auf die Server des IT-Dienstleisters Concevis. Dieser verkauft Softwarelösungen unter anderem an Bund, Kantone und Städte, den Finanzsektor sowie Industrie- und Logistikunternehmen.

Bisher nicht bezahlt

Die Kriminellen saugten Daten ab und verschlüsselten danach sämtliche Server der Firma. Nun verlangen die Erpresser ein Lösegeld, um die Server wieder freizugeben. Dieses Vorgehen wird auch als Ransomware-Angriff bezeichnet. Laut NCSC hat die Firma Concevis bisher nicht bezahlt. Weil Concevis der Forderung nicht nachkommt, drohen die Angreifer nun damit, die Daten im Darknet zu veröffentlichen.

Welche Daten die Angreifer entwendet haben, ist unklar. Die Analysen laufen. Allerdings ist es gut möglich, dass auch Personendaten betroffen sind. Zwar will sich das NCSC dazu auf Anfrage nicht äussern. Aber die Firma Concevis schreibt, dass von einem «umfangreichen Datenabfluss» ausgegangen werden müsse. Und laut NCSC sind mutmasslich auch «ältere, operative Daten der Bundesverwaltung» abhandengekommen.

Welche Personendaten möglicherweise betroffen sind, zeigt ein Blick auf die Liste der Anwendungen, welche Concevis entwickelt hat. Dazu gehört ein IT-System des Bundesamts für Sozialversicherungen, um Subventionen zu beantragen, ein System der Steuerverwaltung für Amtshilfeersuchen aus den USA oder eine Anwendung für Meldungen für die Wohneigentumsförderung.

Concevis hat auch für die Polizei Basel-Landschaft eine Software zur Fallverwaltung entwickelt. Darin geht es um heikle Informationen zu Einvernahmen, erkennungsdienstlichen Tätigkeiten, Ermittlungen oder dem kantonalen Bedrohungsmanagement.

Zu den Kunden des Unternehmens gehören unter anderem mehrere Kantonallbanken, die Bank J. Safra Sarasin, die Krankenkassen ÖKK und Sympany oder auch die Bundesämter für Bevölkerungsschutz und für Statistik.

Concevis hat für seine Kunden Softwarelösungen entwickelt. Die Anwendungen selbst werden üblicherweise auf anderen Servern betrieben. Entsprechend schreibt das NCSC auch, es sei unwahrscheinlich, dass die Systeme des Bundes selbst kompromittiert worden seien. Daten der Kunden können trotzdem betroffen sein, weil bei der Entwicklung von Software teilweise echte Kundendaten für Tests verwendet werden oder im Zusammenhang mit Fehlermeldungen an die Softwarefirma fliessen.

Ein Lieferkettenproblem

Zudem bietet die Firma Concevis ihren Kunden auch «Data Management» an. Dazu gehören laut Website etwa «die Übertragung von Daten aus den Quellsystemen in das Data Warehouse» oder Datentransformationen. Bei solchen Vorgängen hat Concevis möglicherweise Daten auf eigenen Servern gespeichert, die jetzt vom Angriff betroffen sind.

Mit der Attacke gerät einmal mehr das Problem der Lieferketten in den Fokus. Selbst wenn der Bund die Daten auf den eigenen Servern schützt, können diese betroffen sein, wenn ein Lieferant Sicherheitsprobleme hat. Ein gleichartiger Fall war bereits im Juni bekanntgeworden. Die kriminelle Ransomware-Gruppe Play hat dem Schweizer Softwareunternehmen Xplain Daten gestohlen und veröffentlicht. Zu den Kunden von Xplain gehören etwa das Bundesamt für Polizei, der Nachrichtendienst oder kantonale Polizeikorps.